

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEP, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion: Adolf Domick, Berlin N24, Elsasserstr. 86-88^{III}.
Verlag: Otto Siller, Berlin N 21.
Telephon: Amt Norden, 4268. Druck und Expedition Conrad Müller, Schkeuditz, Augustastr. 8-9 — Redaktionsschluss: Montag.

Insertion. Für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

Inhalt.
Hauptteil: Arbeitslosenfürsorge nach dem Kriege, I. Rundschau. — Allgemeines: Ortsberichte: Mannheim. — Der Lithograph: Einiges über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der New Yorker Lithographen. — Feuilleton: Vom Büchertisch. — Anzeigen.

Arbeitslosenfürsorge nach dem Kriege.

Nur mit größtem Mißvergnügen haben die Unternehmerorganisationen der Arbeitslosenfürsorge durch Gemeinde und Staat zugesehen. Sie, die es in Friedenszeiten mit allen Mitteln zu verhindern wußten, daß eine planmäßige Arbeitslosenversicherung durchgeführt werden konnte, fügten sich jetzt nur der Not gehorchend in das durch den Krieg unvermeidlich gewordene. Bei ruhiger Betrachtung müssen wir auch gestehen, daß das, was in der Kriegszeit an Arbeitslosenunterstützung geschaffen wurde, nicht im entferntesten dem entspricht, was die Arbeiterschaft seit langen Jahren gefordert hat. Es ist ein Anfang. Doch die Durchführung ist eben im Anfang stecken geblieben. Nach der Aufstellung der Generalkommission im Correspondenzblatt Nr. 12, vom 20. März 1915, haben nur 13 Proz. aller Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern überhaupt etwas für die Arbeitslosen getan. Von 846 Gemeinden, über die in der Umfrage der Generalkommission berichtet wurde, haben 315 Gemeinden eine solche Fürsorge zum Teil glatt abgelehnt, oder nach kurzer Zeit die frühere Einführung wieder aufgehoben. In 527 Gemeinden ist eine Arbeitslosenfürsorge durchgeführt worden. Darunter sind 35 Großstädte mit über 100000 Einwohnern nebst 163 Vorortgemeinden, 25 größere Mittelstädte mit 50 bis 100000 Einwohnern, 45 kleinere Mittelstädte, 95 Kleinstädte, 115 Landorte und 21 Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern. Diese 527 Gemeinden stellen von der Gesamtzahl der Gemeinden mit über 2000 Einwohnern ungefähr $\frac{1}{7}$ dar, sodaß der weitaus größte Teil für die Arbeitslosenfürsorge durchaus nichts getan hat. Darunter sind allein 14 Großstädte mit über 100000 Einwohner.

Trotz der vom Reichstag beschlossenen staatlichen Beihilfe für weniger leistungsfähige Gemeinden, ist die Einführung nicht wesentlich weitergediehen. Von einer allgemeinen Durchführung, auch nur für die Zeit des Krieges, sind wir also noch recht weit entfernt.

Mit Recht dürfen wir wohl den Grund für die Saumseligkeit und soziale Verständnislosigkeit vieler Gemeinden in der Rückständigkeit, in der reaktionären Gesinnung der Gemeindeverwaltungen suchen. Das gibt uns aber gleich einen Fingerzeig dafür, wie groß der Widerstand gegen eine solche Einführung überhaupt noch ist. Große einflußreiche Gruppen, die im Unternehmertum ihren Rückhalt finden, fürchten weniger für die Finanzen der Gemeinde, als die Gefahr, daß diese Einrichtung auch über den Krieg hinaus dauernd bestehen bleiben könnte. Auch dort, wo eine solche gemeindliche Arbeitslosenfürsorge durchgeführt ist,

lassen sich Bestrebungen feststellen, die unablässig Material heranzuschleppen suchen, zum Beweis dafür, daß diese Fürsorge Ungerechtigkeiten und Mißstände im Gefolge habe, die ihre Wiederaufhebung zur Notwendigkeit mache, ihre weitere Ausdehnung aber unter allen Umständen verbiete. In diesem Geiste arbeiten unausgesetzt mande bürgerlichen Zeitungen, an ihrer Spitze Die Deutsche Arbeiterzeitung. Nach Meinung dieser Zeitung ist die allgemeine Durchführung der Arbeitslosenunterstützung schon deshalb unmöglich, weil ein großer Teil der Arbeiterschaft durch die Aussicht auf Unterstützung von der Annahme ordentlicher Arbeit zurückgehalten wird. Sie würde damit zu einer Unterstützung der Arbeitsscheuen sich auswachsen.

Tatsächlich hat man ja den Versuch gemacht, die Unterstützung davon abhängig zu machen, daß die Unterstützung Fordernden den Nachweis von bestimmten Unternehmungen bringen müssen, daß sie für die dort vorhandenen Arbeiten nicht gebraucht werden können. In einer Versammlung der Berliner Gewerkschaftskommission die Anfang Februar sich mit dieser Frage beschäftigte, brachte der Genosse Brückner als Referent ein reiches Material darüber vor. Typisch ist das Verhalten der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft, die ja noch nie in dem Geruch stand, von sozialem Mitgefühl angekränkt zu sein. Die Gesellschaft hat angeblich große Schwierigkeiten, das zum Kriegsdienst eingezogene Personal zu ersetzen. Sie hat es verstanden, die Aufsichtsbehörden zur Bewilligung wesentlicher Erleichterungen zu bestimmen, die, wie die Einstellung von Frauen als Schaffnerinnen, Aufhebung der Beschränkung der Überfüllung der Wagen und ähnliches mehr, zwar nicht im Interesse der Fahrgäste, wohl aber im Interesse des Profits der Gesellschaft liegen. Die niedrigen Löhne, die ungewein lange Arbeitszeit, die unwürdigen Bestimmungen der Arbeitsordnung haben bisher im Bürgertum schon berechtigten Unwillen erregt. Sie sind die alleinigen Ursachen für die Schwierigkeiten bei der Ergänzung des eingezogenen Personals.

Ähnliche Verhältnisse sind auch aus anderen Industrien häufig festgestellt worden. Gewiß haben einige Berufe, die nur mit qualifizierten Arbeitskräften rechnen können, bei dem erfreulicherweise anziehenden Geschäftsleben, durch die starke Einziehung für den Kriegsdienst mit Schwierigkeiten zu rechnen. Aber auf keinen Fall kann davon die Rede sein, daß allgemein die Arbeitslosigkeit schon stark abgenommen habe, daß die weitere Arbeitslosenfürsorge sich nicht mehr rechtfertigen lasse. Im Metall- wie im Buchdruckgewerbe ist der Beweis erbracht worden, daß es bei einigermaßen gutem Willen sehr wohl möglich ist, durch Anlernen von Arbeitskräften aus verwandten, jetzt weniger mit Aufträgen versehenen Sparten, geeignete Arbeitskräfte zu gewinnen. So ist auf eine einmalige Aufforderung des Tarifamtes der deutschen Buchdrucker nach Bewerber für das Anlernen an den Setzmaschinen, das Angebot in wenigen Tagen weit über den Bedarf hinaus gewesen.

Die Kriegszeit hat eine so große Anpassungsfähigkeit der deutschen Industriearbeiterschaft bewiesen, daß die verstedkten Anwürfe kapitalistischer Blätter vom Schlage der Deutschen Arbeitgeberzeitung nur auf Denkfähige Eindruck machen können. Wir meinen übrigens, daß auch die deutsche Unternehmerschaft ein Interesse daran hat, bei dem wirtschaftlichen Krieg der feindlichen Länder, den Eindruck nicht aufkommen zu lassen, als bestände die deutsche Industrie-Arbeiterschaft auch nur zu einem nennenswerten Teil aus Arbeitsscheuen. Die Wiederbelebung unseres Wirtschaftslebens während des Krieges wäre doch ganz gewiß nicht möglich gewesen, wenn unsere Arbeiterschaft dem Bilde entsprechen würde, daß scharfmacherische Zeitungen aus ganz bestimmten Interessen heraus von ihr entwerfen. Wenn in Deutschland mit Recht ein Stolz über die gesunde, kräftvolle Durchführung des Wirtschaftslebens aufkommen konnte, so darf sich die Arbeiterschaft ein gut Teil des Verdienstes mit anrechnen.

Rundschau.

Unsere Arbeitslosenzählung. Vermehrte Einziehung und Besserung der Arbeitsgelegenheit im Beruf haben gleichermaßen zur Verminderung der Arbeitslosenzahl beigetragen. Die Zählung vom 20. März d. J. ergab 692 arbeitslose Kollegen, gegen 894 am 20. Februar. Gesunken ist aber auch die Zahl der in Arbeit stehenden Kollegen. Mehr als 3 Tage und voll arbeiten 5934 gegen 6139 am 20. Februar, 3 Tage arbeiten 1822 gegen 2129. Beide male also ein erhebliches Herabgehen, das sicher auf die verschärfte Einziehung zurückzuführen sein dürfte. Denn die Zahl der zum Militär Eingezogenen stieg in dem angeführten Monat von 5100 auf 5683 Kollegen. Das ist die schärfste Steigerung, die wir bisher zu verzeichnen hatten. Der Rückgang der Zahl der Arbeitslosen betrug demnach im angegebenen Monat 202. Die Zahl der Eingezogenen erhöhte sich aber in derselben Zeit um 583, die Anzahl der Beschäftigten verminderte sich um annähernd die gleiche Zahl, um 513. So daß wir wohl daraus schließen dürfen, daß nur ein Teil der Eingezogenen durch arbeitslose ersetzt worden ist. Bei den zur Zeit arbeitslosen Kollegen dürfte es sich in der Mehrzahl um Angehörige von Sparten handeln, für die in der Kriegszeit wenig Aussicht auf Beschäftigung vorhanden ist.

Über 2000 gefallene Holzarbeiter sind dem Holzarbeiterverband bereits gemeldet worden. Die Holzarbeiterzeitung schätzt die Zahl der tatsächlich Gefallenen auf ungefähr 3000, da sicher anzunehmen ist, daß viele auf dem Schlachtfelde verblutet sind, ohne daß eine Nachricht den Verband erreicht hätte. Wie winzig sind dieser Unsumme von Schmerz gegenüber die Entbehrungen der Daheimgebliebenen. Umso dringender wird es ihre Pflicht, durch ihr Verhalten dafür Sorge zu tragen, daß die namenlosen Opfer der Arbeiterschaft in diesem Kriege nicht umsonst gebracht sind. Das würde aber geschehen, wenn wir zum Vorteil unserer Gegner die Organisationen schwächen.

Revolver-Attentat auf einen Angestellten des Metallarbeiterverbandes. Auf den Geschäftsführer der Zahlstelle Jena des Metallarbeiterverbandes Rudolf Matthes verübte am Donnerstag früh ein Metallarbeiter Lüttich ein Revolverattentat. Die Kugel drang dem Genossen Matthes nur einige Zentimeter unter dem Herzen von hinten in die linke Brustseite und verließ den Körper auf der Vorderseite. Lüttich richtete darauf die Waffe gegen sich selbst: er schoß sich in die rechte Schläfenseite und verstarb wenige Minuten nach seiner Einlieferung in die Universitätsklinik. Rache

ist das Motiv der Tat Lüttichs, der sich mit seinem Plan seit längerer Zeit getragen zu haben scheint. Lüttich, der seit dem 26. Mai 1913 bei der Firma Zeiß beschäftigt war, wurde nacheinander in drei Abteilungen versetzt, konnte aber in keiner den an ihn gestellten Ansprüchen genügen, weshalb er im November 1914 entlassen wurde, also aus Gründen, die in seiner Person lagen. Trotzdem er nach § 77 des Stiftungstatuts Anspruch auf Abgangsschädigung nicht hatte, klagte er vor dem Gewerbegericht, das die Klage Lüttichs abwies. Da Lüttich in der Verhandlung behauptet hatte, daß seine Entlassung nur auf Treibereien von Mitgliedern des Metallarbeiterverbandes zurückzuführen sei, trotzdem er selbst dem Verbands angehörte, leitete die Organisation gegen Lüttich das Ausschlußverfahren ein, das gegenwärtig noch schwebt. Lüttich wartete Donnerstag früh auf den Genossen Matthes, den er ansprach, um sich nach dem Stand seiner Sache zu erkundigen. Er blieb dabei auf der rechten Seite des Genossen Matthes, der sich auf dem Wege zum Bureau befand, bis er sich plötzlich auf die linke Seite von Matthes begab und aus kurzer Entfernung von hinten den Schuß abfeuerte, der glücklicherweise nicht tödlich wurde. Matthes, der von Herrn Direktor Malsch nach seiner Wohnung in der Sophienstraße geleitet wurde, befindet sich erfreulicherweise den Umständen angemessen wohl.

Ein Konflikt im Bund der technisch-industriellen Beamten. Trotz aller äußeren Erfolge ist in seinem Organisationsleben der Bund der technisch-industriellen Beamten aus internen Streitigkeiten während der letzten Jahre nicht herausgekommen. Kaum haben sich die Gemüter wegen des Konfliktes um Lüdemann ein wenig beruhigt, als schon wieder ein neuer innerer Streit anfing. Zwei Bundesbeamte kamen in Konflikt mit dem Vorstand, wurden gekündigt, eine Einigung war nicht zu erzielen. Große Ortschaften, besonders aus den wichtigsten Industriebezirken, erklärten sich mit den gekündigten Organisationsleitern solidarisch, die Opponenten gründeten innerhalb des Bundes eine Sonderorganisation mit eigenem geschäftsführendem Ausschuss, eigenem Mitteilungsblatt und eigener Kassenführung. Ob eine Einigung dieses Mal noch erzielt werden kann, ist fraglich. Vielmehr scheinen Kräfte am Werke zu sein, die auf eine Spaltung und damit auf einen Zusammenbruch der Organisation hinarbeiten. Und das in Aussicht auf eine Zukunft, die auch für die technischen Angestellten die schwere Zeit bringen wird, in der es heißt, mit den Wirkungen des Krieges fertig zu werden und an dem Aufbau der sozialen Arbeit teilzunehmen.

Allgemeines.
Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Ortsberichte.

Mannheim. In der am 20. März 1915 stattgefundenen Mitgliederversammlung kam unter anderem auch der Konflikt zwischen den Berliner Chemigraphen und dem Hauptvorstand zur Erörterung. Nachdem die beiderseitigen Rundschreiben verlesen waren, wurde in der Diskussion das Verhalten der Chemigraphen einer herben Kritik unterworfen. Es ist tiefbedauerlich, daß sich die Berliner Chemigraphenkollegen einen so schweren Disziplinbruch zu schulden kommen ließen, zu einer Zeit, in der die Mitglieder doppelt darauf bedacht sein müßten, den Zusammenhalt zu pflegen. Eigenartig hat uns das Verhalten einiger großer Mitgliedschaften, zum Beispiel Stuttgart, berührt, die gegen das Mannheimer Vorgehen betr. die Gehaltserhöhung des Hauptvorstandes waren, aber merkwürdigerweise sofort die Berliner Chemigraphen unterstützten, die über den Hauptvorstand herfielen, als er sich seine selbstgekürzten Gehälter um etwas erhöhte. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: »Die am 20. März tagende kombinierte Versammlung der Mannheimer Mitgliedschaft verurteilt aufs schärfste das Vorgehen der Berliner Chemigraphen. Wenn auch die Mannheimer Kollegen stets für mehr Demokratie in unserem Verbandsorganismus, so halten sie die jetzige Zeit, wo ein großer Teil unserer Kollegen im Felde steht und unser Verband sowieso schwere Aufgaben zu überwinden hat, für absolut nicht geeignet, derartige Streitigkeiten in die Öffentlichkeit zu tragen. Die Mannheimer Kollegen hoffen jedoch, daß es gelingen wird, eine Einigung zu erzielen, welche es verhindert, daß weitere Spaltungen in unserem graphischen Gewerbe stattfinden.« Eine Aussprache über den Punkt: Wie verhalten wir uns gegen die pflichtvergessenen Kollegen, wirkte aufklärend. Sie zeigt uns, wie wir uns gegen die zur Zeit leider überall zahlreichen Resistanten zu verhalten haben, mit denen endlich einmal reiner Tisch gemacht werden muß. Es ist bedauerlich, daß wir zu diesem Schritt gezwungen werden, doch dürfen wir uns mit diesem Ballast von Auchkollegen nicht länger schleppen, die sich ihrer schmählichen Handlungsweise gegen den Verband, und vor allem gegen die Kollegen im Felde scheinbar nicht bewußt werden, trotz aller mündlichen und schriftlichen Aufklärungen.

Der Lithograph.

Einiges über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der New Yorker Lithographen.

Die Statistik ist ein in der amerikanischen Arbeiterbewegung leider sehr vernachlässigtes Gebiet. Im allgemeinen bringt ja der Arbeiter dem positiven Tatsachenmaterial, wie es in der Statistik enthalten ist, wenig Interesse entgegen, was aber immerhin nicht ausschließt, daß zumindest an leitender Stelle der Wert statistischer Erhebungen als ein wesentlicher Teil der gewerkschaftlichen Arbeit erkannt ist und demgemäß systematisch zur Ausführung gelangt. So ist die Gewerkschaftsstatistik ja auch hier in Amerika keineswegs unbekannt, im Vergleich jedoch zu Deutschland, wo dieser wichtige Zweig gewerkschaftlicher Tätigkeit zur höchsten Blüte sich entwickelt hat, besitzt sie ihrer fast sprichwörtlichen Ungenauigkeit wegen doch nur recht problematischen Wert.

In unserer Lithographen-Organisation hat es lange Zeit gedauert und ist auch zum großen Teil nur der lebendigen Wirksamkeit des eingewanderten deutschen Elements zuzuschreiben, bis auch bei uns die Statistik sich Anerkennung verschaffte, was rein äußerlich durch die Wahl eines National-Statistikers auf der Generalversammlung im Jahre 1912 zum Ausdruck kam.

Nun ist es wenigstens gelungen, im Stadtgebiet New York etwas über die Arbeits- und Lohnverhältnisse in Erfahrung zu bringen, noch ehe die Verschmelzung mit der Drucker-Organisation, die Anfang Januar perfekt geworden ist, zustande kam. Die Statistik, die sich als erster Versuch in engen Grenzen halten mußte, enthält trotz ihrer vielen Mängel für den deutschen Kollegen manche interessante Seite schon deswegen, weil die Deutschen einen recht erheblichen Teil der Eingewanderten stellen.

Nachfolgend das Ergebnis.

Die Ausgabe der Fragebogen erfolgte am 21. Oktober 1914, während die Zurückgabe derselben am 20. November 1914 erfolgte.

Ausgefüllte Fragebogen	173	=	80	Proz.
Davon geborene Amerikaner	90	=	52	"
" " Ausländer	83	=	48	"
Höchstalter der Amerikaner			59	Jahre
Durchschnittsalter der Amerikaner			32,95	"
Höchstalter der Eingewanderten			62	"
Durchschnittsalter d. Eingewanderten			37,36	"
Höchstlohn überhaupt			40	Dollar
Mindestlohn			12	"
Durchschnittsverdienst überhaupt			25,66	"
Durchschnittslohn der Amerikaner			25,22	"
" " Eingewanderten			26,11	"

* Davon 12 Lehrlinge.

Nach der Art der Arbeit gegliedert:

81 Chromo-Lithographen	25,35	Dollar pro Woche
30 Prozeß-*)	27,77	" " "
27 Kreidete	23,22	" " "
19 Schrift-	24,57	" " "
2 Zeichner	21,50	" " "
12 Lehrlinge	10	" " "

171
2 Kollegen machten keine Angaben über ihren Lohn.

Bei Privatlithographen sind nur 12 Kollegen beschäftigt, die einen Durchschnittsverdienst von 25,83 Dollar pro Woche erhalten.

Der Nationalität nach verteilen sich die an der Statistik beteiligten Kollegen wie folgt: Amerika 90, Deutschland 58, Rußland 9, Osterreich 5, Schweiz 3, Ungarn 2, Holland 2, England, Schweden, Schottland und Cuba je einer. Insgesamt 173.

Nach dem Alter verteilt:

von 14—20 Jahre	11	von 36—40 Jahre	30
" 21—25 "	23	" 41—45 "	20
" 26—30 "	27	" 46—50 "	16
" 31—35 "	30	über 50 "	14

Zwei Kollegen verschwiegen ihr Alter. Über die Dauer des Hierseins (seit der Landung) der Eingewanderten geben folgende Zahlen Aufschluß:

bis 5 Jahre	35 Koll.	über 20—30 Jahre	14 Koll.
über 5—10 "	16 "	" 30—40 "	7 "
" 10—15 "	4 "	" 40 "	4 "
" 15—20 "	3 "		

Es ist nötig, das erhaltene Ergebnis etwas zu erläutern. Als Lehrlinge gelten nach unserem Statut alle die, die weniger als 4 Jahre im Geschäft und das 21. Jahr noch nicht überschritten haben. Die Löhne schwanken zwischen 4—9 Dollar pro Woche; doch erhält einer bereits bei zweijähriger Lehrzeit 16 Dollar, ein anderer sogar bei dreijähriger Lehrzeit 22 Dollar (Der Minimallohn für Gehilfen). Dadurch wird der Lohndurchschnitt von 10 Dollar außergewöhnlich hoch. In der vorliegenden Statistik sind die Lehrlinge völlig getrennt geführt.

*) In der Statistik sind Prozeß-Lithographen als besondere Gruppe aufgeführt. Daß sind jene Lithographen, die ausschließlich die neuen, modernen Verfahren bearbeiten, also Halbton- und Rasterverfahren, was hier der Chemigraphie großen Abbruch getan hat und weiter tun wird.

Nur in der Übersicht über Alter und Nationalität sind sie enthalten.

Eine Zeitlang hat sich mit Beharrlichkeit die Meinung erhalten, daß die Eingewanderten das Lohnniveau des Amerikaners stark heruntergedrückt hätten. Die Statistik gibt darauf die treffende Antwort. In ganz vereinzelt Fällen mag der Eingewanderte wirklich als Preisdrücker aufgetreten sein, in der Gesamtheit ist der Durchschnittslohn bemerkenswert höher als beim amerikanischen Kollegen. Selbst wenn wir die Zahlen der im letzten Jahrzehnt eingewanderten Kollegen betrachten, spricht das Ergebnis immer noch zu Gunsten derselben. Diese 51 Kollegen erhalten einen Durchschnittslohn von 26,13 Dollar, die, welche innerhalb der letzten fünf Jahre zugewandert sind, einen solchen von 25,73 Dollar, also immer noch um 6 Cents höher als der Durchschnitt aller und 51 Cents höher, als der der amerikanischen Kollegen.

Zwölf Kollegen arbeiten bei Privatlithographen und erhalten einen Durchschnittslohn von 25,83 Dollar pro Woche. Die wöchentliche Arbeitszeit dieser wie der anderen Kollegen beträgt fast ohne Ausnahme 47 1/2 Stunden. 15 Kollegen arbeiten 48 Stunden, je einer 48 3/4 und 46 1/2 Stunden. Alle Kollegen arbeiten im Lohn, keiner im Akkord, was durch unser Statut verboten ist und in der Tat durchgeführt wurde. So wird Hausarbeit überhaupt nicht geleistet und Überstunden nur in sehr wenigen Ausnahmefällen gemacht, wofür überall die statistische Entschädigung von 50 Proz. resp. 100 Proz. für Sonn- und Feiertage bezahlt wird.

Über den Umfang der Arbeitslosigkeit waren leider keine Zahlen, die ein zuverlässiges Bild geben könnten, zu erhalten. Darüber wird der Bericht des Arbeitsnachweis-Verwalters Auskunft geben. Soviel steht aber fest, daß zu Anfang des verflorenen Jahres die Konjunktur ungemein schlecht, gegen die Mitte bis Anfang der zweiten Hälfte normal war, dann aber sich wieder zu sehens verschlechterte. Der Anfang des Jahres 1915, d. h. die verflorenen zwei Monate zeigten einen geradezu krisenhaften Umfang der Arbeitslosigkeit. Der europäische Krieg gilt allgemein als die nicht unwahrscheinliche Ursache. Otto Zander.

Feuilleton.

Vom Büchertisch.

Die Dokumente der Regierungen der kriegführenden Staaten haben für die Beurteilung der letzten Ursachen des Weltkrieges große Bedeutung. Aus diesem Grunde hat Genosse Eduard Bernstein es unternommen, die von den Regierungen veranlaßten Dokumentensammlungen ins Deutsche zu übertragen und als Broschüren erscheinen zu lassen. Bisher sind erschienen: 1. Das deutsche Weißbuch. Preis 30 Pf. 2. Das englische Blaubuch. 1. Die Geschichtsdarstellung und die Erklärung der Minister. Preis 30 Pf. 3. Das englische Blaubuch. 2. Der Depeschewechsel des britischen Auswärtigen Amtes. Preis 50 Pf. 4. Das russische Orangebuch. Preis 30 Pf. — Als nächstes Heft wird das belgische Graubuch folgen. Die lebhafteste Nachfrage zeigt, wie groß das Interesse aller politisch Interessierten an dieser Dokumentensammlung ist. Es wäre auch durchaus wünschenswert, wenn die Hefte in möglichst weite Kreise dringen würden. Vorrätig sind die Hefte in allen Volksbuchhandlungen, sowie auch direkt beim Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW 68.

Paul Hirsch, Kommunale Kriegsfürsorge. Berlin 1915. Buchhandlung Vorwärts. 1 Mk., Ver-einsausgabe 0,50 Mk.

Das neueste Heft in der Sammlung kommunalpolitischer Abhandlung dürfte seines aktuellen Inhalts wegen weit über die Kreise der städtischen Ehrenbeamten hinaus Interesse beanspruchen. Die Kriegsfürsorge der Gemeinden wird hier zum ersten Male auf Grund amtlicher Unterlagen systematisch dargestellt und kritisch besprochen. Der Verfasser schildert, wie die Gemeinden sich mit den ihnen obliegenden gesetzlichen Verpflichtungen den Familien der Kriegsteilnehmer gegenüber abfinden; er zeigt zugleich aber auch, wo der Hebel anzusetzen ist, um die Not der Familien zu lindern und unseren ihr Leben einsetzenden Vätern und Brüdern die Sorge um die Existenz ihrer Lieben in der Heimat zu nehmen. Weiter erfahren wir aus der Schrift, was über die gesetzlichen Verpflichtungen hinaus die Gemeinden für ihre Angestellten und Arbeiter tun, wie sie sich der Erwerbslosen annehmen, wie sie das Kreditbedürfnis zu befriedigen und den Hausbesitz zu schützen suchen. Auch die Krankenfürsorge und die Fürsorge für die Ernährung werden eingehend behandelt. Den Schluß der Schrift bildet ein besonderer Abschnitt über die Organisation und die Aufbringung der Mittel.

Anzeigen

Aerograph,
gebraucht, in gutem Zustande, sofort zu kaufen gesucht. Angebote an
R. Satzinger, Dresden-A. 16, Tatzberg 13, II, r.